

Wandmauer im Fundament einen T-förmigen Querschnitt bilden, wie dies in Bild 7 gezeigt ist. Alles, was sich zwischen diesen befindet, lehnt sich an die Pfeiler an. Dies trifft in erster Linie für den Obergaden des Mittelschiffes zu, der mit dem auf ihm stehenden Dach die Pultdächer der Seitenschiffe um 20 Meter überragt. Der Wind, der auf diese Fläche trifft, will die Mittelschiffwände umkippen, und er kann es nur deshalb nicht, weil die Gaden-Luvwand sich über das Mittelgewölbe und die Dachkonstruktion gegen die Leewand abstützt, und diese wiederum sich – solange die Schrägstreben noch nicht vorhanden waren – über die Seitenschiffgewölbe gegen die Pfeiler anlehnte. Erst als man die dadurch bedingte ziemlich große elastische Bewegung des Mittelschiffoberteiles zu vermeiden suchte und sich im Jahre 1856 anschickte, diesen durch außen angebrachte Schrägstreben zu stützen, da wurde dieses Übel beseitigt. Um aber die Schrägstreben an die Pfeiler heranzuführen, mußte man die Außenpfeiler,

die bisher nur bis zur Dachkante der Pultdächer reichten, nach oben verlängern. Man baute also kleine Türmchen – Fialen – auf sie auf und verlängerte sie so bis auf 40 Meter. Dabei vergrößerte man ihr Gewicht von 600 Tonnen auf 725 Tonnen, also um rund 20 Prozent. In der weisen Voraussicht, daß ein schwerer Pfeiler größere Standfestigkeit hat als ein leichter, hatte man die Fialen in Sandstein ausgeführt, der um ein Drittel schwerer ist als das Ziegelmauerwerk der Pfeilerunterteile, und so – bei der zur Verfügung stehenden kleinen Grundfläche – das Beste an Wirkung herausgeholt, zumal man sie auch noch an die Innenseite der Pfeiler setzte. Man erreichte auf diese Weise eine Erhöhung der Standfestigkeit um 15 Prozent und konnte es nun wagen, den Seitenschub aus dem Mittelschiff statt in 20 Meter in 25 Meter Höhe aufzunehmen. Ohne diese Maßnahme hätte das Ulmer Münster die Belastungen des Zweiten Weltkrieges mit Sicherheit nicht überstanden.

Pfarrstraße 33

Walter Keller

Das Haus der ersten Göppinger Synagoge

Das Stadtbild von Göppingen ist ohnehin nach zwei verheerenden Stadtbränden (1425 und 1782) arm an Baudenkmalern. Und der Wiederaufbau nach dem Kriege hat zusätzlich viel Erhaltenswertes zerstört. Die heimat- und denkmalschützende Rückbesinnung der letzten Jahre hat auch in der «nüchternen» Industriestadt am Fuße des Hohenstaufen zu einer stärkeren Beachtung des «Heimatschutzes in der Stadt» und zur Wiederentdeckung und -belebung von Stadtgeschichte und Baudenkmalpflege geführt.

Stadtverwaltung und Gemeinderat der Stauferstadt haben im Zusammenwirken mit dem Bürgerverein Göppingen e. V. einen neuen tatkräftigen Anfang gesetzt. Als erste wichtige Baurenovierungsmaßnahme sei hier die Erhaltung des Hauses Pfarrstraße 33 aufgezeigt.

Die Baugeschichte des Hauses

Das Haus wurde im Jahre 1869 von Schreinermeister Boger erbaut. Es liegt an wichtiger Stelle des Stadtbildes: an der westlichsten Quartierecke der noch im Zusammenhang erhaltenen Bebauung der Innenstadt, die nach dem Stadtbrand von 1782 von Her-

zog Karl Eugen im rechtwinkligen Plan ausgeführt wurde. In der Nähe des Gebäudes befinden sich Schloß, Stadtkirche und Schillerplatz. Das Eckhaus Pfarrstraße 33 steht in engem Zusammenhang mit den umliegenden Eckhäusern und Backsteinvillen aus der Gründerzeit.

1871 reichte der Eigentümer Boger ein Gesuch um veränderte Bauausführung mit einem Vorbau und einem zusätzlichen Stockwerk ein. Das Gebäude sollte der jüdischen Gemeinde der Stadt als Betsaal dienen (Bild Nr. 1). Der Bauplan war beherrscht von dem zweigeschossigen Betsaal (35x33 Fuß) mit seinen hohen, neugotisch anklingenden Bogenfenstern. Der kleine Erker an der Ostwand (für den Schrein der Thorarollen) wurde allerdings (wohl wegen der angrenzenden Schillerstraße) nicht genehmigt. Im Erdgeschoß befand sich noch eine kleine Eingangs- und Sammlungshalle sowie das Sakristeizimmer. Im Zwischengeschoß ist eine Viertelempore zu erkennen. Das 2. Geschoß diente dem Rabbiner als Wohnung, ihr war noch ein Schulungszimmer vorgelagert.

Nach Aron Tänzer (Geschichte der Juden in Jebenhäusern und Göppingen, S. 487/488) war dies die erste als Synagoge gestaltete Räumlichkeit der israeli-

tischen Gemeinde in Göppingen, nachdem seit 1867 ein Saal für den Gottesdienst nur behelfsmäßig in zwei Wohnungen in der Schützenstraße 2 untergebracht war.

Die ersten Göppinger Juden hatten sich in Auswirkung der Gesetze von 1848 (welche den Juden Freizügigkeit bescherte) niedergelassen. Sie kamen vor allem aus der bedeutenden Judengemeinde Jebenhausen (bei Göppingen) und wurden besonders in der Textilindustrie schnell führend tätig. Der Zustrom steigerte sich so rasch, daß im Jahre 1867 die erste israelitische Gemeinde mit 174 Mitgliedern gebildet wurde.

Fünf Jahre nach Gründung ihrer Gemeinde konnten die Göppinger Juden also ihre erste Synagoge in der Pfarrstraße 33 beziehen. Zehn Jahre blieb das Gebäude Gotteshaus der Jüdischen Gemeinde, bis im Jahre 1882 die «Alte Synagoge» auf die Evangelisch-Methodistische Kirchengemeinde überging, welche dort ihre Gottesdienste und Singstunden bis zum Jahre 1885 abhielt.

In den folgenden Jahren hat Schreinermeister Boger dann ein weiteres Baugesuch eingereicht: nachdem das Haus nicht mehr sakral genutzt wurde, sollte zwischen 1. und 2. Geschoß eine tragende Decke eingezogen und das Gebäude in ein Wohn- und Geschäftshaus umgestaltet werden. Die Bogenfenster wurde herausgenommen, eine klassizistische Front mit Erker an der Straßenecke (Süd-Ost) entworfen (Bild Nr. 2).

Nach diesen Plänen wurde die Pfarrstraße 33 Ende des ausgehenden Jahrhunderts umgebaut. Mit dem gegenüberliegenden Gebäude Pfarrstraße 31 (Evang. Dekanatamt), das ebenfalls einen Eckerker aufweist, bildete es nunmehr ein Ensemble an der Auffahrt der Schillerstraße (Bild Nr. 4; im Hintergrund das Göppinger Schloß). Das Gebäude wurde dann bis vor ca. sechs Jahren privat genutzt, es war zuletzt Mietshaus. Nachdem es zusehends verfallene und die letzten Mieter auszogen, bot das inzwischen von der Stadt erworbene Haus nur noch ein beklagenswertes Bild (Bild Nr. 3).

Das Ringen um die Erhaltung

Die Stadt Göppingen hatte das Haus im Jahre 1975 zunächst «auf Vorrat» gekauft. Die Instandsetzungskosten wurden auf rund eine halbe Million DM geschätzt, weshalb die Verwaltung einen Abbruch plante, der jedoch am Einspruch des Landesdenkmalamtes scheiterte. Die Denkmalpflege war der Auffassung, daß es sich bei dem Eckhaus um ein Beispiel eines Mietshauses aus der Gründerzeit handle, dessen Erhaltung auch wegen der übrigen baulichen Um-

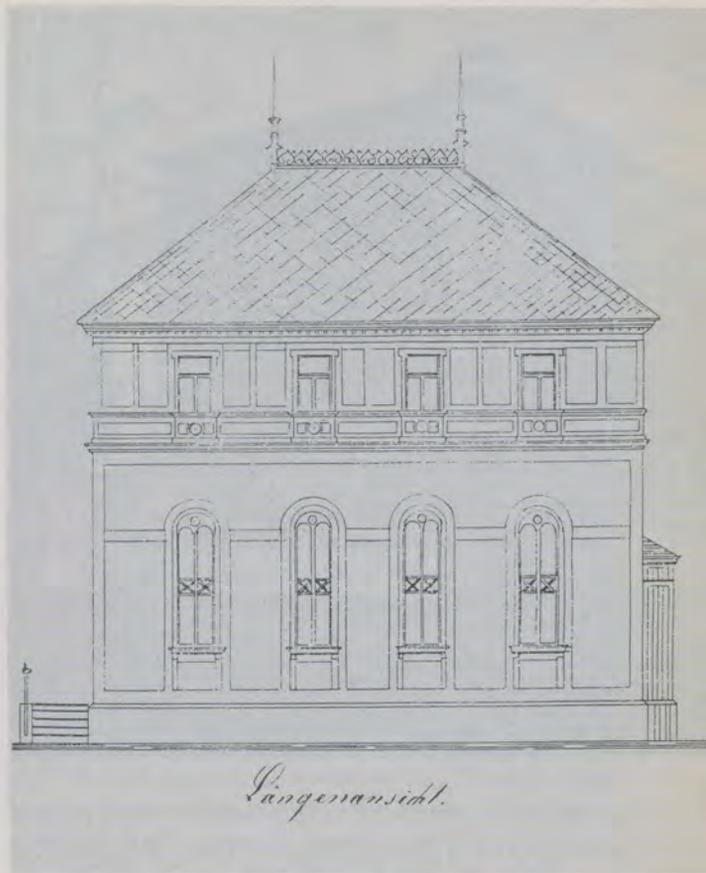


Abb. 1 (oben): «Plan für die Herstellung eines neuen Wohngebäudes mit Betsaaleinrichtung für Schreinermeister Boger hier, 1871.» – Abb. 2 (unten): Plan von 1895 für den Umbau nach dem Wegfall der sakralen Nutzung durch die jüdische (bis 1882) und die evangelisch-methodistische Gemeinde (bis 1885)

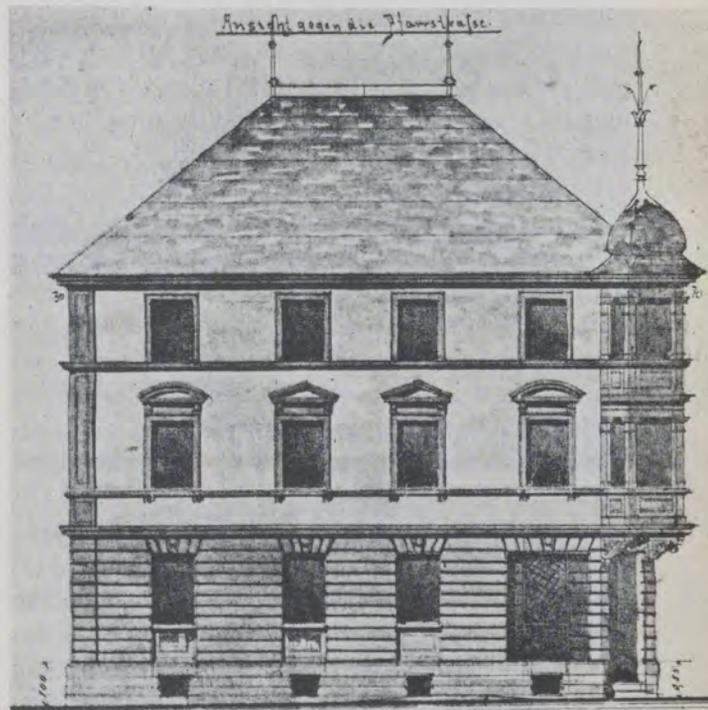




Abb. 3: Auch im total heruntergewirtschafteten Zustand sind die Qualitäten des Baus noch zu erkennen – ein Abbruchkandidat wie es viele in unseren Städten gibt.

gebung in Schloßnähe notwendig sei. Die Stadt konnte sich dennoch wegen der zu erwartenden hohen Kosten nicht zu einer Renovierung entschließen. Inzwischen hatten die Polizeidirektion und das Finanzamt ihr Interesse als mögliche Nutzer bekundet. Jahr um Jahr verging, der Zustand des Gebäudes – Fenster und Eingänge waren inzwischen notdürftig vernagelt – verschlechterte sich drastisch. Angebote von privater Seite, das Haus als Generalunternehmer im Interesse der Stadt zu sanieren, scheiterten an rechtlichen Bedenken der Verwaltung. Die Kostenschätzungen für eine Rettung lagen mittlerweile bei 1,5 Millionen DM. Erst als im Sommer 1979 nach einer Presseveröffentlichung im Rathaus die Zuschrift einer ehemaligen Bewohnerin des Hauses einging, die von der früheren Rolle des Hauses als Synagoge berichtete, erhielten die Erhaltungsbemühungen nicht nur neuen Auftrieb, sondern eine andere Dimension. Was bisher nämlich auch den Fachleuten unbekannt war, rief nun den damaligen Oberbürgermeister Dr. König auf den Plan: er warf die Frage auf, ob das Haus mit einem jüdischen Betsaal oder zumindest einem Dokumentationsraum für die Geschichte der Juden im Filstal restauriert werden könnte. Der Landesrabbiner Dr. Bloch erklärte aber, daß eine einmal aufgegebene Synagoge nach dem Gesetz der Juden ihren sakralen Charakter verloren habe und auch kein Bedarf an einem jüdischen Kultraum bestünde. Und ohne das ausdrückliche Interesse der Vertreter des jüdischen Glaubens wollte die Stadtverwaltung nicht einseitig

tätig werden, weshalb die Pläne einer sakralen oder musealen jüdischen Begegnungs- und Gedenkstätte aufgegeben wurden.

Die Renovierung durch den Bürgerverein

Seit seiner Entdeckung als frühere Synagoge war das Haus zu einem Kulturdenkmal nach § 2 Landesdenkmalschutzgesetz geworden – allerdings nur zu einem nicht eingetragenen. Ein Abbruch war nicht mehr denkbar, eine Renovierung aber schien mangels finanzieller Mittel und eines Bauträgers ebenfalls nicht möglich. In diesem fast ausweglosen Stadium – es war inzwischen Mai 1981 geworden – konnte der erst wenige Monate zuvor gegründete Bürgerverein Göppingen e. V. sich für das Gebäude engagieren. Seine Zielsetzung ist u. a. *die Erhaltung eines der Geschichte dieser Stadt und dem ästhetischen Sinn ihrer Bürger entsprechenden Stadtbildes unter Rettung der noch vorhandenen gewachsenen Baustruktur . . .* (Gründungsaufruf des Bürgervereins vom Februar 1981).

Der Bürgerverein erwarb über seine Tochter, die Gemeinnützige Denkmal- und Stadtbild Stiftung

Abb. 4: Nach der Wiederherstellung bildet das ansehnliche Gebäude wieder mit seinem ebenfalls erker- und geschmückten Gegenüber ein Ensemble am Zugang zur Schillerstraße. (Im Hintergrund ist das Göppinger Schloß zu erkennen.)



GmbH, das Haus von der Stadt Göppingen. In diffizilen Verhandlungen konnte das Vertrauen in eine gemeinnützige Bürgeraktion gewonnen werden, so daß endlich im Juni 1981 alle privat- und öffentlich-rechtlichen Schwierigkeiten beseitigt waren: das Gebäude wurde einer nur 5½ Monate dauernden grundlegenden Renovierung unterzogen. Die gesamte Statik wurde mit Ringankern gesichert. Innen- und Außenwände, Dach, Böden, Türen, Fenster und die gesamten Installationen wurden erneuert. Sämtliche am Bau beteiligten Handwerker konnten am Stammtisch des Bürgervereins regelmäßig ihre Gewerke aufeinander abstimmen, was Fehlplanungen und Überschneidungen vermied und damit Zeit und Kosten sparte. Jeder Handwerker gab in der Anwendung alter Bauwerkskunst sein Bestes. Die Meisterklasse des Stukkateurhandwerks übte und demonstrierte die Fertigung der Stuckdecken. Aus der zum Abbruch bestimmten Handelsschule am ehemaligen Stadtgraben wurden Wandschränke, Treppenstufen, Geländer, Leuchten und Gittertore verwendet. Die Fassade wurde in enger Abstimmung mit dem Landesdenkmalamt im ursprünglichen klassizistischen Stil mit unterteilten Fenstern, Klappläden und Holzgesimsen wiederhergestellt (Bild Nr. 5). Die bauliche und stilistische Planung und Bauaufsicht hatte in aufopfernder Weise und mit großem Können Frau Marlies Weirich, Vorstandsmitglied des Bürgervereins, durchgeführt.

Die Baukosten mußten in voller Höhe finanziert werden, sie blieben jedoch weit unter den letzten Kostenschätzungen der Stadt, obwohl beste Ausführungsqualität verwirklicht wurde.

Als Mieter ist zunächst die Göppinger Kriminalpolizei eingezogen, deren dringender Raumbedarf in der Nähe der anderen Polizeigebäude gedeckt werden konnte. Das Haus ist aber nicht auf ewig als Behördengebäude angelegt, die Planung trug einer späteren Umwandlung in drei Wohnungen Rechnung. Inzwischen ist das Haus Pfarrstraße 33 reprivatisiert, das heißt an eine Göppinger Familie verkauft worden, die Erhaltung der historischen Fassade ist vertraglich gesichert. Der betriebswirtschaftliche «Gewinn» der Stiftung GmbH kommt weiteren gemeinnützigen Aufgaben des Bürgervereins bei der Stadtbildverbesserung, Schaffung von Wohnungen in der Innenstadt, Einrichtung eines Kindergartens im Bodenfeld etc. zugute. Nebenbei



Abb. 5: Nach Bausubstanz, stilgerechter Wiederherstellung und städtebaulicher Situation ist das Haus Pfarrstraße 33 in Göppingen eines von vielen Beispielen, als Gebäude der ehemaligen Synagoge hat es besondere geschichtliche Bedeutung; einzigartig aber ist seine Wiederherstellung durch eine Stiftung, die von einem Bürgerverein eingerichtet worden ist.

sei erwähnt, daß für das Haus Pfarrstraße 33 einige Bilder Göppinger Künstler (Klaus Heider, Heinz Nowak, Hermann Schwahn) vom Bürgerverein als Leihgaben angeschafft und den Mietern überlassen wurden. Zusammen mit weiteren geplanten Erwerbungen des Bürgervereins könnten diese Werke einmal ein Beitrag für eine Göppinger Galerie sein. So ist die Erhaltung des Gebäudes Pfarrstraße 33 zu einem Beispiel der Rückbesinnung nicht nur auf das Stadtbild, sondern auch auf die neuere Geschichte und Kultur der Stadt Göppingen geworden.

Quellen

- Stadtarchiv Göppingen
- Bauakten des Bauverwaltungsamts
- Karl Kirschmer: Die Geschichte der Stadt Göppingen
- Aron Tänzer: Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen. Berlin 1927
- Karl Wöhrle: Göppinger Häuserchronik 1784–1970. (Veröffentlichung des Geschichts- und Altertumsvereins 1972)